

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **29.08.2024** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/Rat/027

Beginn öffentlicher Teil: 18:04 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 19:33 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:29 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 20:12 Uhr

---

**ANWESENHEIT:**

**Ratsvorsitzende**

Meinig, Birgit

**Bürgermeister**

Pollehn, Armin

**1. stellv. Bürgermeisterin**

Buhndorf, Andrea

ab Top 1

**2. stellv. Bürgermeisterin**

Neitzel, Beate

**Ratsherren/-frauen**

Apel, Robert  
Baumgarten, Claudia  
Bierkamp, Dirk  
Braun, Hartmut  
Braun, Jens  
Degro, Johanna  
Fleischmann, Michael  
Gawlik, Mario  
Heller, Simone  
Hinz, Gerald  
Höfner, Joachim  
Kaefer, Volkhard, Dr.  
Köneke, Klaus  
Paul, Matthias  
Peisker, Niklas  
Schweer, Cord-Heinrich  
Sieke, Oliver  
Steinbeck-Behrens, Cord, Dr.  
Sund, Björn  
Vehling, Karl-Heinz, Dr.  
Voß, Gabriele  
Wendt, Jörgen

**Verwaltung**

Giere, Janna  
Pape, Petra  
Raue, Nicole

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Aktuelle Aussprache gem. § 17 Geschäftsordnung zum Verkehrsversuch in der Marktstraße
3. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Rates
  - 3.1. Protokoll des Rates vom 13.06.2024
  - 3.2. Protokoll des Rates vom 27.06.2024
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Ausschuss für Jugendhilfe und Familie - Benennung eines stellv. beratenden Mitglieds  
Vorlage: BV 2024 0820
6. Nachbenennung eines Grundmandats im Feuerwehrausschuss  
Vorlage: BV 2024 0833
7. LEADER: Abwicklung der kommunalen Ko-Finanzierung  
Vorlage: BV 2024 0799/1
8. Burgdorf - 1. urkundliche Erwähnung  
Vorlage: BV 2024 0816
9. Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf  
Vorlage: BV 2024 0817
10. Abschluss eines Mietvertrages für die Schule am Wasserwerk in den ehemaligen Räumen der RBG  
Vorlage: BV 2024 0847
11. Zuwendungen/ Spenden  
Vorlage: BV 2024 0846
12. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

### Öffentlicher Teil

#### **Einwohnerfragestunde**

Die Beiträge zur Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

## **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Ratsvorsitzende Meinig** eröffnet um 18:04 Uhr die Ratssitzung und begrüßt die Ehrenratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Presse. Sie berichtet über die zurzeit im Ratssaal ausgestellten Bilder.

**Ratsvorsitzende Meinig** richtet Glückwünsche an die Ratsmitglieder, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten.

**Ratsvorsitzende Meinig** teilt mit, die Ratsfrauen Birgin, Gersemann, Kicza, Lilienthal, Paul, Thieleking und Thöner sowie die Ratsherren Müller und Nijenhof haben sich für die heutige Sitzung entschuldigen lassen. Die 1. stellv. Bürgermeisterin Buhndorf wird sich etwas verspäten.

**Ratsvorsitzende Meinig** stellt nach ordnungsgemäßer Ladung die Beschlussfähigkeit fest.

**Ratsvorsitzende Meinig** teilt mit, es bestehe die Empfehlung, die Tagesordnungspunkte

- 8) Burgdorf – 1. urkundliche Erwähnung  
Vorlage: BV 2024 0816

und

- 10) Abschluss eines Mietvertrages für die Schule am Wasserwerk  
Vorlage: BV 2024 0847

von der Tagesordnung zu nehmen.

Die Beratungen zu TOP 8 „Burgdorf – 1. urkundliche Erwähnung“ wurden in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27.08. in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport verwiesen,

die Beratungen zu TOP 10 „Abschluss eines Mietvertrages für die Schule am Wasserwerk“ in den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten und in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau.

Weiter solle der nichtöffentliche Teil um einen Sachstandsbericht erweitert werden.

**Ratsherr Apel** regt an, bei Vertragswerken, die städtische Liegenschaften betreffen, den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr ebenfalls einzubinden.

**Bürgermeister Pollehn** bittet davon Abstand zu nehmen und verweist auf den Tagesordnungspunkt Sachstandsbericht.

**Ratsvorsitzende Meinig** stellt die Tagesordnung mit den vorangegangenen Änderungen zur Abstimmung.

Der Rat fasst mit 26 Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen angenommen.**

**2. Aktuelle Aussprache gem. § 17 Geschäftsordnung zum Verkehrsversuch in der Marktstraße**

---

**Ratsvorsitzende Meinig** teilt mit, die Fraktion WGS FreieBurgdorfer habe mit Datum vom 05.08. eine aktuelle Aussprache zum Verkehrsversuch beantragt. Diesem Antrag ist aufgrund der Regelungen in der Geschäftsordnung nachzukommen.

Die Geschäftsordnung sehe folgendes vor:

Die aktuellen Aussprachen finden zu Beginn der Ratssitzung statt und sollen höchstens 30 Minuten dauern. Die Redezeit ist für jede Ratsfrau und jeden Ratsherren auf fünf Minuten begrenzt. Das Rederecht des Bürgermeisters sowie der weiteren Beamten auf Zeit bleibt gemäß § 10 Abs. 4 GO unberührt. Anträge zur Sache dürfen nicht gestellt werden.

Da der Antragssteller an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann, übergibt **Ratsvorsitzende Meinig** das Wort zunächst an Beigeordneten Dr. Kaever von der Fraktion WGS FreieBurgdorfer.

Nach **Beigeordnetem Dr. Kaever** habe der Verkehrsversuch viele Fragen aufgeworfen und er bittet darum, ein paar davon zu beantworten. Der Verkehrsversuch sei am 02.04.2024 angeordnet worden. Am 27.06.2024 erfolgte der Ratsbeschluss zum Abbruch des Verkehrsversuchs. Dabei seien alle Ratsmitglieder davon ausgegangen, dass der Ursprungszustand der Marktstraße wiederhergestellt würde. Nun habe die Verkehrsbehörde der Region jedoch eine Anordnung getroffen, die vom Ursprungszustand erheblich abweiche. Er richtet die Frage an den Bürgermeister, ob zum Zeitpunkt der Abstimmung am 27.06.2024 bekannt war, dass der ursprüngliche Zustand so nicht wiederhergestellt werden könne.

**Bürgermeister Pollehn** antwortet, dies sei ihm nicht bekannt gewesen.

**Beigeordneter Dr. Kaever** fragt weiter, ob der Rat überhaupt weitere Maßnahmen beschließen könne.

**Bürgermeister Pollehn** antwortet, die Anordnung sei zunächst bindend, es folgen jedoch weitere Gespräche sowie Begehungen mit der Verkehrsbehörde der Region.

**Beigeordneter Dr. Kaever** kritisiert die hohen Kosten des Versuchs und fragt, ob durch die Anordnung weitere Kosten entstehen.

**Bürgermeister Pollehn** bejaht.

**Beigeordneter Dr. Kaever** fragt, ob es für den Verkehrsversuch Zuschüsse gegeben habe.

**Bürgermeister Pollehn** verneint.

**Beigeordneter Dr. Kaever** berichtet, andere Kommunen seien bei Verkehrsversuchen finanziell unterstützt worden. Auch der Stadt Burgdorf sei Unterstützung angeboten worden, diese sei jedoch abgelehnt worden. Er fragt, ob der Bürgermeister dies kommentieren könne.

**Bürgermeister Pollehn** könne dies zum aktuellen Zeitpunkt nicht kommentieren.

**Beigeordneter Dr. Kaever** berichtet, die Straßenverkehrsbehörde sei einst aus Kostengründen an die Region Hannover abgegeben worden. Heute stelle er diese Entscheidung in Frage. Die Fraktion WGS FreieBurgdorfer werde prüfen, ob ein Antrag auf Rückholung der Straßenverkehrsbehörde zur Stadt Burgdorf gestellt werde.

**Ratsherr Paul** fragt, wer die neuen rot-weißen Elemente auf der Marktstraße zu verantworten habe. Die Anordnung sei in Übereinstimmung mit der Stadt Burgdorf zustande gekommen. Aus der durch die Mitteilungsvorlage zur Verfügung gestellten Anordnung habe er die Pflicht zur Einrichtung dieser rot-weißen Elemente nicht entnehmen können. Diese besage lediglich, die Fahrbahn sei einzuengen.

Weiter möchte **Ratsherr Paul** dem auf Social Media kursierenden Gerücht widersprechen, der jetzige neue Verkehrsversuch sei auf Bemühungen der SPD-Fraktion in der Region zustande gekommen. Dem sei nicht so. Der erste Verkehrsversuch sei in jahrelanger Vorbereitung und mit großem Konsens beschlossen worden. Einen politischen Einfluss auf die Region habe es nicht gegeben. Und wenn es ihn gegeben hätte, so hätte er sich klar gegen die aktuelle Anordnung positioniert.

**Bürgermeister Pollehn** verliest einen Teil des Beschlusses zum Abbruch des Verkehrsversuches. Der Rat habe mit diesem Beschluss deutlich gemacht, dass der Versuch nicht nur einfach abgebrochen, sondern weiter nach geeigneten Maßnahmen gesucht werde, die Aufenthaltsqualität zu verbessern und den Autoverkehr zu reduzieren. Dieser Beschluss sei am 26.06.2024 gefasst und am 28.06.2024 an die Region weitergeleitet worden. Daraufhin habe die Region der Stadt eine sehr lange Anhörungsfrist eingeräumt, die auf sein Bemühen nach Rücksprache mit Regionspräsidenten Krach verkürzt werden konnte. Erst in einem anschließenden Gespräch mit der Region wurde deutlich, dass ein einfacher Abbruch aufgrund des Verkehrsaufkommens nicht möglich sei. Daraufhin sei die Stadt Burgdorf aufgefordert gewesen, Maßnahmen aufzuzeigen, um die Situation zu verbessern. Die Maßnahmen seien sodann von der PGT GmbH ausgearbeitet worden. Der Rückbau habe sich durch dieses Verfahren bis Ende August verzögert und sei auch heute noch nicht gänzlich abgeschlossen. Nach Beschuldigungen der SPD-Fraktion habe er sich beim Niedersächsischen Städtetag erkundigt, ob er sich richtig verhalten habe. Bedauerlicherweise bestehe kein Mitsprache- und Abwehrrecht der Stadt Burgdorf gegen die Anordnung. Es gebe hier lediglich die Möglichkeiten, privat Klage einzureichen oder sich an die Aufsichtsbehörde zu wenden. Die Aufsichtsbehörde sei bereits eingebunden. Die Sachlage sei schwierig und es müsse nun geschaut werden, wie die Situation verbessert werden kann.

**Ratsherr Sund** dankt für die Ausführungen des Bürgermeisters, sei mit

der Situation aber unzufrieden. Zur Historie führt er aus, dass es zu Beginn bereits Schwierigkeiten gegeben habe, eine Variante für den Verkehrsversuch zu finden, die durch die Straßenverkehrsbehörde der Region genehmigt werden konnte. Später sei vermittelt worden, ein Abbruch des Verkehrsversuchs führe zur Wiederherstellung des Status Quo. Er sei davon ausgegangen, dass dies so auch von der Region kommuniziert worden sei. Hierzu sei jedoch kein Kontakt mit der Region gesucht worden, so dass die Info für den Rat zu spät gekommen sei. Er habe keinerlei Verständnis dafür, dass erst Erwartungshaltungen aufgebaut werden, die später nicht erfüllt werden können. Der Verkehrsversuch habe dazu geführt, dass Burgdorf zur Lachnummer der Region geworden sei. In Uetze hingegen funktioniere der Verkehrsversuch geräuschlos. Er sehe hier schlechtes Verwaltungshandeln.

**Beigeordneter Braun** verweist darauf, dass die 30 Minuten Aussprache fast vorüber seien und lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger ein, zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 05.09.2024 zu kommen. Dort sei eine Teilnahme von Vertretern der Straßenverkehrsbehörde der Region Hannover und der PGT GmbH geplant.

**Ratsherr Gawlik** leitet ein, er sei ebenfalls überrascht gewesen, dass der Rat plötzlich kein Mitspracherecht mehr habe. Er sei dabei insbesondere von der Region enttäuscht. Dieser Verkehrsversuch habe viel Mühe gekostet und es habe viele Gespräche gegeben, auch mit der Verkehrsbehörde der Region. Es wäre schön gewesen, hätte die Verkehrsbehörde frühzeitig darüber informiert. Dabei stelle sich auch die Frage, ob der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr das „Verkehr“ im Namen überhaupt noch verdiene. Die gerade installierten Absperrungen seien gemeingefährlich für alle Verkehrsteilnehmer. Auch die Autos seien nun lauter, da viele versuchten, noch schnell an den Hindernissen vorbei zu fahren. Die jetzige Situation sei für ihn ein katastrophaler Schildbürgerstreich.

**Ratsherr Köneke** verweist auf die langen Diskussionen zum Verkehrsversuch und dass es dem Rat immer wichtig gewesen sei, Herr des Verfahrens zu sein. Ein Dauerzustand sei nie gewünscht gewesen. Bei Abbruch sei jedoch auch von einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität gesprochen worden und dass nicht der ursprüngliche Zustand mit der hohen Verkehrsdichte wiederhergestellt werden solle. Nun habe eine übermotivierte Verkehrsbehörde mit der jetzigen Regelung eine Katastrophe herbeigeführt. Er sehe dies als Affront gegen die Stadt Burgdorf – egal von wem dies zu verantworten sei. Er freue sich daher auf die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 05.09.2024 und die Stellungnahme der Region dort. Er dankt Beigeordneten Dr. Kaefer für seinen Antrag auf weitere Maßnahmen in der Marktstraße, die jetzt durch die Anordnung jedoch kaum noch möglich seien. Ein Verkehrsversuch in der Gestaltung, wie sie jetzt zu sehen ist, hätte sicherlich keine Mehrheit im Rat bekommen.

**Ratsherr Wendt** erinnert daran, die Fraktion Die Linke habe sich von Anfang an gegen den Verkehrsversuch ausgesprochen. Derartige Konsequenzen habe die Fraktion jedoch nicht erwartet. Er bezweifelt auch, dass es allen Verkehrsteilnehmern, Anliegern und Geschäftsleuten recht gemacht werden könne. Dies sei versucht worden, jetzt seien alle unzufrieden. Nun sei wichtig, alle weiteren Schritte gründlich mit der Region vorzubereiten.

**Beigeordneter Hinz** fragt, ob die Verwaltung wusste, was die PGT GmbH

bei der Verkehrsbehörde der Region eingereicht hat.

**Bürgermeister Pollehn** geht davon aus, da die Unterlagen der PGT GmbH von der Verwaltung bei der Verkehrsbehörde eingereicht wurden.

**Ratsherr Fleischmann** appelliert, die baulichen Elemente auf der Fahrbahn umgehend entfernen zu lassen, da diese sehr gefährlich seien.

**Bürgermeister Pollehn** erwidert, diese seien aufgrund der verkehrsbehördlichen Anordnung angebracht worden.

**Ratsherr Fleischmann** kritisiert, dass hier eine Gefahr für die Bürgerinnen und Bürger wissentlich in Kauf genommen werde.

**Bürgermeister Pollehn** antwortet, dass der Beschluss des Rates eine beidseitige Befahrbarkeit der Marktstraße beinhalte und hierfür eine neue verkehrsbehördliche Anordnung rechtliche Bedingung gewesen sei. Diese verkehrsbehördliche Anordnung liege nun vor und beinhalte eine bauliche Verengung der Fahrbahn zur Reduzierung des Verkehrs. Bei dieser Entscheidung habe die Verkehrsbehörde Ermessen ausgeübt und dargelegt, dass, obwohl das Unfallgeschehen gering gewesen sei, Befragungen ein geringes Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung ergeben hätten. Das hieße, es habe eigentlich keine Notlage gegeben. Daher stelle sich ihm die Frage, ob das Ermessen hier richtig ausgeübt wurde. Er empfinde die Kritik als vollkommen verständlich, habe als Bürgermeister aber kaum Möglichkeit der Einflussnahme.

**Ratsherr Bierkamp** fragt, wer die rot-weißen Elemente überhaupt beantragt hat. Auch seien die Elemente augenscheinlich neu und er fragt sich, seit wann die Verwaltung wisse, dass diese aufzustellen sind. Warum habe die Pressestelle nicht umgehend eine Information hierzu rausgegeben? Dafür stünden auf der Hochbrücke immer noch die Schilder mit dem Hinweis auf den alten Verkehrsversuch.

**Bürgermeister Pollehn** antwortet, die Elemente seien nach Eingang der Anordnung bestellt worden.

**Ratsvorsitzende Meinig** schließt die aktuelle Aussprache.

### **3. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Rates**

---

**Ratsvorsitzende Meinig** fragt, ob es Änderungswünsche zu den Protokollen gibt. Dies ist nicht der Fall, sie stellt die Protokolle zur Abstimmung.

#### **3.1. Protokoll des Rates vom 13.06.2024**

---

Der Rat fasst mit 26 Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Das Protokoll der Sitzung des Rates vom 13.06.2024 wird genehmigt.**

### 3.2. **Protokoll des Rates vom 27.06.2024**

---

Der Rat fasst mit 20 Ja-Stimmen und sechs Enthaltungen folgenden

#### **Beschluss:**

**Das Protokoll der Sitzung des Rates vom 27.06.2024 wird genehmigt.**

### 4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Bürgermeister Pollehn** berichtet, dass zwei Tage zuvor der Mietvertrag mit der St. Nikolaus Kirchengemeinde unterschrieben werden konnte. Die Trägerin Caritasverband Hannover e.V möchte dort eine dreigruppige Einrichtung mit einer Kapazität von 75 Kiga- und 30 Krippenplätzen betreiben.

**Gleichstellungsbeauftragte Pape** möchte zunächst auf das Mentoring-Programm aufmerksam machen, bei dem Frauen der Einstieg in die Politik erleichtert werden soll. Das Programm starte gerade wieder und sie bittet, dafür zu werben. Mit den Ratsmitgliedern seien schon Gespräche geführt worden und diese stünden als Mentoren zur Verfügung.

Weiter lädt **Gleichstellungsbeauftragte Pape** die Ratsmitglieder zur Aufstellung der „Orangenen Bänke“ als Mahnmal gegen Gewalt gegen Frauen ein. Die Veranstaltung finde am Montag, 09.09.2024, an der Feldstraße Ecke Hannoversche Neustadt, also am Ort des Femizids, statt. Neben der Polizeiinspektion Burgdorf, einem Vertreter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen und einer Mitarbeiterin des Projektes STOP in Burgdorf, werde auch die Familie der damals getöteten Frau teilnehmen. Sie wünsche sich, dass der Rat sich klar hinter die Familie stelle und sich gegen Gewalt an Frauen positioniere.

### 5. **Ausschuss für Jugendhilfe und Familie - Benennung eines stellv. beratenden Mitglieds** **Vorlage: BV 2024 0820**

---

Der Rat fasst mit 26 Ja-Stimmen folgenden

#### **Beschluss:**

**Im Ausschuss für Jugendhilfe, Familie und Kinder wird**

**Herr Andreas Stein**

(vorher: N.N.)

**als stellv. beratender Vertreter mit interkultureller Kompetenz benannt.**

**Die Besetzung des Ausschusses für Jugendhilfe, Familie und Kinder wird, wie in der Anlage dargestellt, festgestellt (Anlage 2 zum Protokoll).**



**6. Nachbenennung eines Grundmandats im Feuerwehrausschuss  
Vorlage: BV 2024 0833**

---

Der Rat fasst mit 26 Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Der Feuerwehrausschuss wird um**

**Herrn Mario Gawlik**

**als Mitglied mit beratender Stimme (Grundmandat) ergänzt.**

**Im Übrigen bleibt die Ausschussbesetzung unverändert und wird – wie in der Anlage 2 zum Protokoll aufgeführt – festgestellt.**

**7. LEADER: Abwicklung der kommunalen Ko-Finanzierung  
Vorlage: BV 2024 0799/1**

---

Der Rat fasst mit 25 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

**Die Richtlinie über die Gewährung finanzieller Zuwendungen durch die Stadt Burgdorf für die öffentliche Kofinanzierung im Rahmen des Förderprogrammes LEADER der LEADER Region Aue-Wulbeck (LEADER - Kommunale Kofinanzierungsrichtlinie der Stadt Burgdorf) wird beschlossen.**

**8. Burgdorf - 1. urkundliche Erwähnung  
Vorlage: BV 2024 0816**

---

- vertagt -

**9. Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf  
Vorlage: BV 2024 0817**

---

**Gleichstellungsbeauftragte Pape** berichtet, ein Gleichstellungsplan sei alle drei Jahre zu erstellen und werde gemeinsam von der Verwaltung und der Gleichstellungsbeauftragten aufgestellt. Der Plan solle aufzeigen, wie die Verteilung zwischen Frauen und Männern unter den Mitarbeitenden ist. In höheren Besoldungsgruppen sehe es gut aus. So gebe es eine paritätische Besetzung und der Frauenanteil auf Abteilungsleitungsebene konnte erhöht werden. Die Führungskräfteentwicklung trage dazu bei, mehr Frauen zu ermutigen, sich auf Führungspositionen zu bewerben. Eine große Schwierigkeit bestehe darin, überhaupt Fachkräfte zu finden. Die von der Landesregierung geforderte Parität sei daher kaum umsetzbar, so dass hier künftig eine Gesetzesänderung notwendig werden könnte.

**1. stellv. Bürgermeisterin Buhndorf** freut sich, dass die Verwaltung hier schon erste Schritte gegangen sei. Arbeitsplätze müssten so interessant ge-

staltet werden, dass Menschen gerne in der Verwaltung arbeiteten. Dabei schauen Frauen und Männer auf unterschiedliche Punkte. Darauf sei die Verwaltung bereits eingegangen und sie sei gespannt auf die weitere Entwicklung.

Der Rat fasst mit 24 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und einer Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

**Der dieser Vorlage und dem Originalprotokoll als Anlage A beigefügte Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf (2024-2026) wird beschlossen.**

**10. Abschluss eines Mietvertrages für die Schule am Wasserwerk in den ehemaligen Räumen der RBG  
Vorlage: BV 2024 0847**

---

- vertagt -

**11. Zuwendungen/ Spenden  
Vorlage: BV 2024 0846**

---

**Ratsherr Sund** befindet sich im Mitwirkungsverbot.

Der Rat fasst mit 25 Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Folgende Zuwendung wird angenommen:**

- **Geldzuwendung in Höhe von 1.600,00 € an die Kita Sorgensen von der Niedersächsischen Bingostiftung,**
- **Geldzuwendung in Höhe von 5.000,00 € an die Freiwillige Feuerwehr Heeßel vom Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Ortsfeuerwehr Heeßel e.V.**

**12. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

Es liegen keine Anfragen gemäß Geschäftsordnung vor.

**Einwohnerfragestunde**

Die Beiträge der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführerin